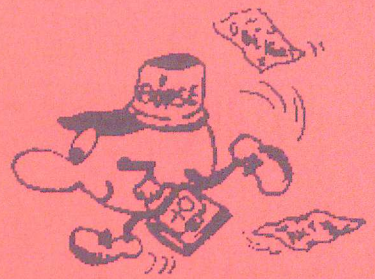


DER ROTE BÖRSENKRACH



Nachrichten aus Lehre, Wirtschaft und Gesellschaft

Zeitung der Basisgruppe Volkswirtschaft (RBK) - November 2003

Wer, wenn nicht er?

Inhalte:

Liebe Menschen,

<i>Editorial & Impressum</i>	2
<i>Ja, es wird schrecklich</i>	3
<i>Hoch die Zivilgesellschaft!</i>	6
<i>Mathematische Ökonomie</i>	9
<i>Auf nach Bielefeld</i>	12
<i>Impressionen von Carlos III u. Madrid</i>	14
<i>Schrippe, Stulle u. Soljanka</i>	15
<i>Wa(h)re Kultur</i>	16
<i>Von der Maximierung d. Glücks</i>	18
<i>A dismal science indeed</i>	20
<i>Institutsklatsch</i>	22

hier also der neue RBK, wie geplant (!!!) Mitte November. (Peinlich wird's, wenn diese Artikel auf Grund von drucktechnischen Schwierigkeiten doch erst später erscheinen...)

Was uns die letzten Wochen wohl am meisten beschäftigt hat, ist der neue Organisationsplan von Rektor Winckler. Es soll "verbesserte Rahmenbedingungen für die Universität Wien als eine der führenden Universitäten Europas" schaffen. Das riecht verdammt nach "Weltklasse-Uni" und wenn mensch bedenkt, dass sowohl Studierende als auch Lehrende nicht in die Planung eingebunden wurden und das Ganze bis 1.12.2004 stehen soll, erinnert es auch stark an die "Verbesserungen", die uns das UG02 schon gebracht hat.

Wir werden gemeinsam mit anderen Basisgruppen versuchen, eine Neudiskussion des Organisationsplans zu erreichen. Welche Neuerungen dieser für VWL mit sich bringen könnte, lest ihr gleich auf Seite 3.

Ein weiterer Teil des RBK beschäftigt sich mit einem Thema, das ihn bereits seit seiner Gründung beschäftigt: Mathematische Ökonomie.

Wir haben uns auch für ein "Auslandssemesterspezial" entschieden, das euch über die Möglichkeiten, ins Ausland zu kommen, aufklären soll. Weiters gibt's noch einen Artikel über Wa(h)re Kunst, einen über unsere allseits bekannten und beliebten (!?) Lehrbücher, brandaktuell ein Bericht vom ESF und die Institutstratschecke.

Anfang Dezember startet eine neue Serie "Anschläge aufs Bewusstsein". Wir werden ein bis zweimal (vielleicht auch öfters) im Semester eine/n unserer Lehrenden einladen, um sein/ihr Paper vorzustellen und im Anschluss darüber zu diskutieren. Den Start übernimmt Uwe Dullek mit "Capitalism, Socialism and Transition" am 1. Dezember am Institut (merken!).

Nun noch die übliche Einladung zum Plenum, jeden Montag um 20 Uhr (Themen für jede Woche im Internet) Ihr könnt euch auf unserer Homepage auch in den erneuerten Newsletter einschreiben, was bedeutet, dass ihr so einmal im Monat, News vom Institut, der Uni und dem RBK erhaltet.

Euer RBK Redaktionsteam

Impressum:

Der RoteMedienhaber, Herausgeber und
Verlegerin: Platsch Daniela c./o.
Studienrichtungsvertretung Volkswirtschaft,
Alle: Dr. Karl Lueger Ring 1; 1010 Wien.
Eigenvervielfältigung

Ja, es wird schrecklich...

Mögest du in interessanten Zeiten leben...

Alter Chinesischer Fluch

Nach länger dauernden Überlegungen durch Rektor Winckler und seinen fünf Projektgruppen mit der Transparenz von London im Nebel sowie einer "breiten Diskussionsbasis" - von der Studierende gänzlich ausgeschlossen waren - wurde Anfang November der Organisationsplan für die ehrwürdige Uni Wien präsentiert.

Er ist schrecklich und wird - wenn nichts geschieht - am 1.1.2004 in Kraft treten.

Es wird weder Institute noch Fakultäten im gewohnten Sinne geben. Stattdessen bekommen wir eine zweigliedrige Struktur aus dem - nun gottgleichen - Rektorat und Senat sowie 20 Organisationseinheiten. Diese Organisationseinheiten, die auch Fakultäten oder Zentren heißen, werden recht willkürlich aus den heutigen Instituten zusammengewürfelt.

Das neue System bündelt sämtliche Entscheidungsmacht beim Rektorat und dem Senat. Kommissionen sind nahezu vollständig abgeschafft oder haben nur noch eine beratende Funktion.

Eine Organisationseinheit untersteht einem/r Leiter/in der/die auf zwei Jahre vom Rektorat eingesetzt wird. Zwar dürfen die Universitätsprofessor/innen über einen Vorschlag "abstimmen", aber dem Demokratieverständnis Wincklers folgend behält sich das Rektorat die alleinige Entscheidungsmacht vor und kann den/die Leiter/in auch jederzeit wieder abberufen.

Der/die Leiter/in hat im Wesentlichen alle administrativen Tätigkeiten inne und ist für das Universitätspersonal der Organisationseinheit zuständig. Außerdem handelt er/sie die Zielvereinbarungen mit dem Rektorat aus. Diese

sind nicht genau spezifiziert und lassen Raum für beträchtliches Unbehagen. So wird das Budget in Zukunft nach den Zielvereinbarungen verteilt. Dazu wird der wissenschaftliche Output quantifiziert, die Forschung wird ein großes Übergewicht bekommen und durch die unklare OE-interne Verteilung sind wohl einige Grabenkämpfe zu erwarten.

Vom Rektorat werden auch so genannte Studienprogrammleiter/innen (SPL) eingesetzt. Er/sie kümmert sich in Zukunft neben der Planung des Lehrveranstaltungsangebots und des Prüfungsbetriebes um sämtliche Anrechnungs- und Bescheidfragen und ersetzt damit die Studienkommission. Also wird es auch hier keinerlei studentische Mitbestimmung mehr geben. Da es voraussichtlich nur 35 SPL geben wird, müssen zwangsläufig auch bereichsfremde Studienrichtungen von ein und derselben Person

Das Rektorat begutachtet stolz den erweiterten Herrschaftsbereich.

zusammen betreut werden. Eine flexible und sinnvolle Planung des Lehrveranstaltungsangebotes darf mensch wohl vergessen.

Ganz nebenbei entsteht dabei auch noch eine neue Struktur, da sich die Zusammensetzung der Studienrichtungen nicht mit den OEs decken muss und wird. Wie ein SPL alleine nebenbei noch seiner Beratungsfunktion für zigtausend Studenten nachkommen können soll, ist schwer nachvollziehbar. Es handelt sich übrigens um einen Halbtagsjob.

Die Entscheidungen über Studienpläne obliegen nicht mehr den Instituten - obwohl die An-

nahme, dass die sich am besten mit ihren Studienrichtungen auskennen sollten, sicher nicht von der Hand zu weisen ist - sondern werden in Zukunft zentral vom Senat auf Vorschlag einer Arbeitsgruppe bestimmt. Somit kann der Senat jederzeit Bakkalaureatsstudiengänge für alle beschließen - über alle Köpfe hinweg. Bei einigen Studiengängen mögen Bakkalaureatsstudiengänge ja eine sinnvolle Alternative sein, bei den meisten - man denke nur an die Geisteswissenschaften - ist das aber sicher nicht der Fall. Es drängt sich der Verdacht auf, dass das Rektorat viel mehr darauf abzielt, die Studierenden möglichst schnell durch einen verschulerten Studiengang zu pressen. Die Studis als unerwünschte Kostenfaktoren. Für die aufbauenden Masterstudiengänge werden voraussichtlich zusätzliche Zugangsbeschränkungen eingebaut sowie höhere Studiengebühren berechnet und der Zugang zu Bildung damit weiter erschwert.

Neben den lehrenden wird es zwei zusätzliche Organisationseinheiten geben - das Scientific Advisory Boards, an die sich Wissenschaftler/innen, die nicht weiter wissen, wenden können, und ein Zentrum für Innovation (klingt nach Weltklasse...), welches eine überfakultäre Forschungsplattform darstellen soll. In diese beiden Organisationseinheiten sollen sämtliche Forschungen ausgegliedert und damit vollständig von der Lehre getrennt werden. Ziel ist es, eine "Weltklasse" Forschungsuniversität aufzubauen. Woher die Jungforscher kommen sollen, die Herr Winckler dafür einplant, ist jedoch unklar, da es durch die Trennung von Forschung und Lehre für Studierende wohl sehr schwer werden wird, einen Zugang zur Forschung zu gewinnen. Ein Schelm, wer böses dabei denkt, dass das Zentrum für Innovationen direkt dem Rektorat unterstellt werden soll.

Forschung und Lehre werden also getrennt, wobei Forschung höher gewertet wird als die Lehre. Eine Lehrverpflichtung besteht nicht. Der "Bedarf an Lehre" wird von den SPL bestimmt. Es zwingt sich der Eindruck auf, dass Studenten einigen Entscheidungsträgern ein Dorn im Auge sind und Lehre mehr als ein Hindernis auf dem Weg zu einem "center of excellence" - also einer Forschungsuniversität mit Weltruf - gesehen wird. Ironisches Zitat eines kritischen Professors von einer Informationsveranstaltung: "Die Uni könnte ja so schön sein, wenn nur die ganzen Studenten nicht wären".

Die verschiedenen Organisationseinheiten stehen sich in einer Art Wettkampf um Drittmittel gegenüber. Welche Fakultät wird nun Lehraufträge annehmen, wenn sie ihre Forscher

selber braucht? Lehrende und universitäre Mitarbeiter müssen einen Leistungsnachweis erbringen. Zu befürchten ist, dass daher nur mehr geforscht wird, wo schnell Ergebnisse publiziert werden können.

Wer schon neugierig geworden ist, was mit der Mitbestimmung passiert, kann sich auf einen Schock gefasst machen: Einfach weg, weder Lehrende und schon gar nicht Studis können irgendwo mitbestimmen. Macht darf nicht nach unten weitergegeben werden, Gremien dürfen nur noch Vorschläge machen und Studis dürfen im Großen und Ganzen nur noch Beratungsaufgaben erfüllen. All die schönen demokratischen Ansätze aus dem UOG75 werden abgeschafft. Nach dem vorgelegten Plan bleibt die ÖH zwar weiter bestehen, wenn auch ohne jeglichen Einfluss.

Bei der Informationsveranstaltung mit Rektor Winckler am 28.10. beantwortete seine Magnifizenz Fragen der Studierenden ohnehin nur ungern, vor allem, wenn sie konkrete Aspekte ansprachen. Auf die Frage, wer denn den Studienkommissionsvorsitzenden in Fragen der Anrechenbarkeit von Lehrveranstaltungen, etc. ersetzen wird, meinte Herr Winckler: "Da werden wir hoffentlich bis Jahresende noch etwas bauen." Klingt ja schon mal nicht schlecht, oder? Fragen nach zukünftiger studentischer Mitbestimmung und dem Internetforum zur "Diskussion", zu dem Studis keinen Zugriff hatten, wurden unter den Tisch fallen gelassen oder unbefriedigend beantwortet. Informationsveranstaltungen, die keinerlei Raum für Diskussionen lassen und Studierende sowie MitarbeiterInnen der Universität vor vollendete Tatsachen stellen, sind laut Direktor Winckler übrigens Teil der "breite Diskussionsbasis".

Da die Umsetzung vom Rektorat gegen alle Bedenken überhastet durchgedrückt wird und bis heute die Organisation der Binnenstruktur völlig unklar ist, ist außerdem zu befürchten, dass zu Beginn des Sommersemesters 2004 chaotische Verhältnisse ausbrechen werden.

Welchen Weg die Lehre an der Uni Wien gehen wird, zeigt auch ein bereits beschlussfertiger Vorschlag im Senat. So sollen die "freien" Wahlfächer für alle Studiengänge mit mehr als 10% freien Wahlfachanteil (also auch für VWL!) nur noch als inskriptionspflichtige Module angeboten werden. Diese Module (zu 48, 32, 24 oder 8 SS) muss Student/in dann zu Beginn des Studiums wählen und jede wirklich freie Wahl müsste begründet werden - und wäre genehmigungspflichtig.

Um einen kurzen Überblick zu geben, was konkret auf uns VWLerInnen zukommt:

Unser Institut wird abgeschafft, wir werden mit BWL, einem Teil der Statistik, Wirtschaftsrecht und Wirtschaftssoziologie zusammengelegt. Außerdem können wir einer räumlichen Verlagerung ans BWZ (Brünner Straße, Floridsdorf) entgegensehen. Allerdings erst in etwa 10 Jahren, da bei einer räumlichen Erweiterung des BWZ die Parkplätze entfernt werden müssten, was nach Meinung von Insidern der letzte Vorteil des BWZ gegenüber der WU ist.

Es besteht die Gefahr, dass ein Bakkalaureatsstudium eingeführt wird. Entweder ein VWL- Bakkalaureat oder ein Wirtschaftswissenschaftenbakkalaureat mit einem Gutteil BWL. Welches wird es wohl werden, wenn VWL und BWL in einer Organisationseinheit für Wirtschaftswissenschaften zusammengefasst sind? (BWL- Anteil > 70%) Wozu ein gemeinsames Grundstudium mit BWL führen würde, kann die/der geneigte StudentIn momentan an der WU beobachten.

Außerdem werden wir uns Gelder mit BWL teilen müssen. Die Verteilung bestimmt der Leiter der Organisationseinheit, dass heißt wir können nur hoffen, dass wir finanziell nicht von BWL "verschluckt" werden.

Der momentane Plan sieht keine weitere Tiefenstruktur vor, das heißt es gibt keine eigene "Abteilung" für VWL. Das bedeutet einerseits eine weitere Bedeutungsmin- derung für VWL, andererseits besteht die Möglichkeit, dass es wieder zur alten Universitätsstruktur vom "Professor mit seinen Assistenten" kommt.

Dagegen gibt es Stimmen aus der Professorenschaft, die behaupten, dass alles schon nicht so schlimm werden würde. Der Kontakt mit den BWL- ProfessorInnen sei schließlich gut, die hätten uns bis jetzt auch gut behandelt, nicht unterdrückt und ausserdem würden unsere Lehrenden eine nicht zu flache Struktur fordern, in der es schon eine eigene VWL- Ebene geben soll. Ein Bakkalaureatsstudium sei gar nicht so schlimm, vor allem nicht, wenn's ein VWL- Studium wird.

Außerdem gäbe es somit ein Basisstudium und die Möglichkeit zu mehreren guten Weiterbildungen und Spezialisierungen. Der Studienplan würde auch weiterhin von den Lehrenden abhängen, sie seien dafür verantwortlich, ob er besser oder schlechter wird. So hört mensch da.

Klingt ja alles gut und schön, aber rechtliche Grundlage gibt es hierfür keine. Sich auf die Güte von den BetriebswirtInnen und Absprachen zwischen "Bekannten" zu verlassen, ist doch etwas blauäugig und sicher nicht sehr nachhaltig. Eine Tiefenstruktur fordern ist gut, bis jetzt steht aber noch keine fest - und bald wird es zu spät sein. Ein Bakkalaureatsstudium mag auch gute Seiten haben, aber wer garantiert, dass ein weiterführendes Magisterstudium nicht noch mehr kostet und wer garantiert, dass es für alle zugänglich ist? Unserer Meinung nach wird der Studienplan von jenen abhängen, die das Geld haben - und das ist definitiv nicht die Organisationseinheit.

Angst, dass es VWL an der Hauptuni nicht mehr geben wird, müssen wir aber wohl keine haben, da dieses Fach auf der WU abgeschafft wird.

Es werden sicherlich interessante Zeiten auf uns zukommen.

"Die Uni könnte ja so schön sein, wenn nur nicht die ganzen Studenten wären."

Hoch die Zivilgesellschaft!

Am 12. November war es wieder mal so weit: Die crème de la crème der europäischen "Altermondialisation" sowie die vielgerühmten engagierten Normalbürger versammelten sich anlässlich des Europäischen Sozial-Forums in und um Paris. 4 Tage lang wurde in Zelten, Kinosälen, Lagerhallen und so weiter in verschiedenen Banlieues so ziemlich alles diskutiert, was aus europäischer Perspektive derzeit von - im breitesten Sinne des Wortes - politischer Relevanz sein könnte. Die geographische Verstreutheit erklärte sich, so wurde eurem Berichterstatter von einem französischen Delegierten erklärt, der dem Konsum gewisser Genussmittel nicht ganz abgeneigt schien, dadurch, dass sich gerade die Gemeinden des alten Industriegürtels (vor allem im Nordosten von Paris) bereiterklärten hatten, das ESF zu beherbergen, die auf eine längere kommunistische Tradition und gegenwärtige kommunistische Bürgermeister verweisen können. In "zigtausenden" Plena, Seminaren und Workshops kamen die unterschiedlichsten Positionen, Ansichten, Vorschläge, Erfahrungen, Ängste und Theorien zu Wort. Es wurde, zumindest den Erfahrungen des Autors nach, der naturgemäß nur an einem sehr beschränkten Teil dieses engagierten Gewirrs teilnehmen konnte, auf einem sehr hohen Niveau in einem sehr angenehmen und offenen Diskussionsklima viel konkretes Wissen aus sehr spezifischen Problemlagen aber auch des öfteren weitergehende theoretische Reflexion präsentiert, zu politischen Konfliktsituationen die einem durchschnittlichen Zeitungsleser zumeist verborgen bleiben.

Im Folgenden einige Berichte von verschiedenen Diskussionen. Die Auswahl ist natürlich sehr willkürlich (durch den sehr geringen Anteil an in dieser kurzen Zeit besuchbaren Veranstaltungen und durch das selektive Interesse des Schreibenden). Die Wiedergabe beansprucht demnach keinerlei Authentizität geschweige denn Repräsentativität.

Das erste Seminar beschäftigte sich mit Beobachtung der Medien und dem Verhältnis sozialer Bewegungen zu den Massenmedien. Anlass war unter anderem die Gründung einiger Media Watch Centers, die Journalisten, akademische Kommunikationswissenschaftler und Medien"konsumenten" versammeln, um Missbrauch, Manipulationen und Desinformation

öffentlich anzuprangern.

Es wurde die Verschiebung des Verhältnisses Medien-Ökonomie analysiert: Aufgrund der zunehmenden Konzentration durch Fusionen kommt es zu Änderungen der Entscheidungsverhältnisse, der inhaltliche Druck auf Journalisten, die sich in zunehmend prekären Arbeitsverhältnissen finden, steigt. Die Ausbildung der Journalisten findet zunehmend innerhalb der Konzerne statt, anstatt in der etwas größeren kritischen Distanz akademischer Programme. Trotz der großen gesellschaftlichen Relevanz in Meinungsbildungsprozessen bleibt allerdings die Kritik an den (Massen-)Medien relativ schwach, da ihr eben die mediale Plattform fehlt.

Das Verhältnis sozialer Bewegungen zu den Medien scheint relativ problematisch, da der Versuch, sie zu instrumentalisieren oft zu einer umgekehrten Instrumentalisierung und Verzerrung der Inhalte zum Spektakel führt. "Radikale" Positionen werden ebenso ausgeklammert wie "altmodische" (z.B. gewerkschaftliche), die Positionen werden personalisiert, der Rythmus der Medien entspricht nicht dem des rationalen Diskurses, und Kritik an den Medien wird unmöglich. Es stellt sich die Frage, ob nicht die Verwendung alternativer Informationsnetzwerke der Präsentation in den Massenmedien vorzuziehen sei. Gleichzeitig sinkt damit natürlich die Erreichbarkeit breiterer Bevölkerungsschichten.

Im Workshop "nachhaltiges Negativwachstum" (décroissance soutenable) war die Grundthese die, dass auf Grund ökologischer Beschränkungen der heutige westliche Lebensstil nicht haltbar ist und schon gar nicht auf die gesamte Weltbevölkerung ausgedehnt werden kann. Wir sollten uns demnach mit einer signifikanten Reduktion unseres Konsums, insbesondere an Energie, abfinden. Infolge ging die Diskussion vor allem um persönliche Änderungen der Lebensweise abseits der standardisierten Konsumgesellschaft. Die Vorschläge und individuellen Erfahrungen gingen dann über ein sehr breites Spektrum, vom Rückzug als Schafshirte bis zum Versuch, alle Verpackungsmaterialien gleich beim Einkauf zurückzulassen...

In einem Plenum wurde dann das Verhältnis von Europa zu Afrika diskutiert. Ein erster Redner

vertrat die These, dass Sklavenhandel und Kolonialismus sowohl für die europäische industrielle Revolution als auch für die heutige katastrophale Situation in vielen Ländern Afrikas verantwortlich ist. Infolge wird gefordert, dass die (historische) Sklaverei von der UNO als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkannt wird, und dass demnach Reparationszahlungen an die Nachfahren der Sklaven und die betroffenen Staaten geleistet werden. Extrem interes-

Verschlechterung der Position der Frauen, und damit vielfach auch der der Kinder, etwa bezüglich der Aufmerksamkeit die deren Bildung und Gesundheit gewidmet wird. Zuletzt vertrat sie auch den Standpunkt, dass das Argument der kulturellen Toleranz gegenüber Rollenbildern immer ein Argument der Herrschenden ist, und in diesem Fall auch durchaus nicht von "traditioneller Kultur" gesprochen werden kann. Ein weiterer Vortrag bestand in einer Lobeshymne



sant schienen mir die Thesen einer afrikanischen Feministin, die die heutige Situation der Frauen in Afrika sehr eng mit den historischen Verbrechen Europas verbunden sieht. Denn auch wenn es in vielen Kulturen Afrikas ein traditionelles Patriarchat gab, so ist die heutige Situation doch fundamental anders - schlechter. Zwei Hauptgründe dafür wurden genannt: Zwar wurden für den transatlantischen Sklavenhandel auch Frauen geraubt - vor allem für die "Reproduktion der Sklavenpopulation vor Ort ohne zusätzliche Transportkosten", aber die Entführung von Männern dominierte im Verhältnis 2 zu 1. Auf Grund des resultierenden demographischen Überhangs der Frauen in Afrika wurde erst in vielen Regionen die Polygamie gängig, und die Position der Frauen wurde relativ geschwächt. Zum anderen war es Politik der Kolonialmächte, wenn sie ausgebildete Facharbeiter vor Ort brauchten, ausschließlich Männer auszubilden. Diese beiden Faktoren waren grundlegend für die heutige "Arbeitsteilung" zwischen den Geschlechtern, die

auf den europäischen Verfassungsentwurf und in der unbedingten Aufforderung an alle, diesen zu lesen, um sich eine Meinung darüber zu bilden. An einem anderen Ort wieder wurde über Dezentralisierung und Autonomie in europäischen Bildungssysteme diskutiert, eine Frage von sehr hoher Aktualität in vielen europäischen Staaten. Dabei kamen vor allem Lehrgewerkschafter und StudierendenvertreterInnen zu Wort.

Als zentrales Problem an der Dezentralisierung, das heißt an der Verschiebung bildungspolitischer Kompetenzen vom Nationalstaat hin zu den Regionen und Kommunen, wurde die Verschärfung der ohnehin oft schon sehr krassen Chancenungleichheiten für die Schüler verschiedener geographischer Herkunft gesehen, da die Regionen oft über sehr verschiedenes bildungspolitisches Engagement und vor allem über verschiedene finanzielle Ressourcen verfügen - eine etwa im italienischen Nord/Süd Gegensatz sehr wichtige Frage. In diesem Zusammenhang stellt

sich auch die Frage national vereinheitlicher Bildungsinhalte um gleichere Startpositionen zu gewährleisten - eine den Franzosen sehr teure Position. Hier aber zeigt sich etwa in Spanien, dass dagegen sehr große Bedenken bestehen: Seit Bürgerkriegszeit kämpft die spanische Linke für die kulturelle Autonomie der Regionen, und ist demnach heute auch eher Befürworterin einer Dezentralisierung des Schulwesens. Großbritannien wieder hatte extrem schlechte Erfahrungen mit Dezentralisierung und Autonomie in den letzten Jahren. Dort erhalten die Schulen Geld nach der Anzahl ihrer Schüler, und die "Schulqualität" wird durch regelmäßige standardisierte Tests in Englisch, Mathematik und Naturwissenschaften überprüft. In Folge kam es einerseits zu einem rasanten Anwachsen der Unterschiede zwischen "good schools" und "bad schools" - Schulen mit schlechterem Ruf bekamen weniger Schüler, daher weniger Geld, daher schlechteres Angebot, daher schlechterer Ruf...

Außerdem kam es zu einer starken Einengung des Angebots an allen Schulen, da vor allem die Resultate der Schüler bei den erwähnten Tests über den Ruf entscheiden, und es demnach im Interesse der Schule ist, ihre Mittel auf diese Fächer zu fokussieren.

Überall stellt sich auch die Frage, inwieweit Schulautonomie tatsächlich schlechende Privatisierung des Bildungssystems bedeutet, oder aber die Möglichkeit basisdemokratischer Strukturen, in der die Betroffenen selbst über bildungspolitische Fragen entscheiden. Es war Konsens, dass die letztere Variante zwar eine prinzipielle wünschenswerte Möglichkeit ist, aber wenig den Realitäten neuerer Autonomieregelungen entspricht.

Im letzten vom Autor besuchten Plenum standen schließlich Umweltfragen im Zentrum des Interesses. Es wurde die Heuchelei westlicher Regierungen angeklagt: einerseits herrscht in den Stellungnahmen nahezu Konsens bezüglich der Anerkennung der Probleme etwa des Treibhauseffekts oder nuklearer Energie. Andererseits aber fließen Subventionen in unglaublichem Ausmasse zur Förderung von Erdöl- und Nuklearindustrie, so etwa kürzlich Subventionen eines Projektes zum Kostenpunkt von 3 500 000 000 \$ (!) an BP durch Weltbank und Regierungen zum Bau einer Pipeline durch Georgien und die Türkei, die sonst niemals kommerziell rentabel wäre.

Als nächster kam ein etwas verwirrter Geist (auch die Präsenz solcher am ESF muss eingestanden werden) zu Wort, des Hauptthese es war, dass täglich viele Kinder verhungern und man darum gegen die Atomindustrie kämpfen muss.

Darauf sprach die Vorsitzende der europäischen Transportgewerkschaften, zu den transportpolitischen Plänen der EU. Auch hier wurde eine sehr große Differenz zwischen schönen Absichtserklärungen - Förderung des Schienenverkehrs als mit Abstand der umweltverträglichsten Transportvariante,.. - und konkreten Politikvorschlägen - Liberalisierung, Privatisierung und Zerschlagung der Bahnunternehmen, Verpflichtung, Einnahmen aus strassenverkehrsbezogenen Abgaben ausschliesslich zur Förderung des Straßenverkehrs zu verwenden... - festgestellt.

Ein bengalischer Umweltaktivist vertrat dann ähnliche Thesen wie die Redner im Negativwachstumsworkshop - Unhaltbarkeit westlicher Konsummuster für die ganze Welt, notwendige Reorientierung unseres Lebensstils zu anderen Werten als einem stupiden Konsumismus etc.

Schließlich ging es noch um die französische Nuklearindustrie und deren grundlegende Probleme. So ist es technisch unmöglich, Lagerstätten für Atommüll zu konstruieren, deren Lebensdauer einige Jahrhunderte übersteigt, diese Lagerstätten sind also eine tickende Zeitbombe für künftige Generationen. Um Tschernobyl ist die Zahl der Krebserkrankungen etc. noch immer im Steigen begriffen, da sich über Nahrungsmittel aufgenommenes strahlendes Material langsam in den Körpern anreichert. Auch ist die Sicherheit "westlicher" Atomkraftwerke bei weitem nicht so hoch, wie es scheint. Bei der Hitzewelle im letzten Sommer mussten etwa viele der französischen Atomkraftwerke heruntergefahren werden, da die Kühlung aufgrund der warmen Flüsse nicht mehr sichergestellt werden konnte, und bei einem starken Unwetter vor zwei Jahren erlitt die Außenhülle eines französischen Kraftwerks Risse. Trotz alledem und einer breiten Unterstützung der Bevölkerung für den Ausstieg scheint dieser aber nahezu unmöglich, da die Atomlobby in Frankreich ein extrem hohes politisches Gewicht und eine hohe wirtschaftliche Bedeutung besitzt.

Nach dieser Menge an Fragen zum Nachdenken bleibt noch die Aufforderung an alle: am nächsten Forum teilnehmen!

Mathematische Ökonomie: Eine Laudatio

*Alles was überhaupt gedacht werden kann, kann klar gedacht werden. Alles was
sich aussprechen lässt, lässt sich klar aussprechen.*

Ludwig Wittgenstein

Mathematische Ökonomie, wie weit mensch den Begriff auch fasst, wird häufig attackiert. Da die wenigsten Menschen mathematische Ökonomie kennen, sich jedoch trotzdem für kompetent in allen wirtschaftlichen Fragen halten, erfreuen sich diese Attacken auch in der weiteren Öffentlichkeit großer Beliebtheit. Dieser Artikel soll sich mit den meisten Angriffen auseinandersetzen.

Abgesehen von pädagogischen Erwägungen, die durchaus ihre Berechtigung haben, lassen sich die Kritiken in drei Bereiche einteilen:

1. Der Grossteil mathematischer Ökonomie ist irrelevant für "richtige" Ökonomie.
2. Wichtige Einsichten werden ignoriert, weil sie sich nicht mathematisieren lassen.
3. In der Ökonomie werden die falschen mathematischen Methoden verwendet.

Den Kern dieses Artikels hat Paul Samuelson schon vor über fünfzig Jahren vorweggenommen: Mathematik ist eine Sprache und durch ihre Klarheit hervorragend für die Ökonomie geeignet.¹ Obwohl Samuelson wohl etwas zu weit ging und "The Strict Equivalence of Mathematical Symbols and Literary Words"

behauptete, hatte der Schutzpatron moderner Ökonomie irgendwie recht; ökonomische Argumente haben normalerweise eine zugrunde liegende mathematische Struktur, und die Argumente, die sie nicht haben, sind meistens unlogisch und widersprüchlich. Dazu später noch mehr.

Da hier behauptet wird, dass ökonomische Argumente mathematisierbar sind, wird hier nur die Relevanz rein mathematischer Ökonomie diskutiert. Ist es sinnlos, wenn mensch mathematische Ökonomie ohne Blick auf Anwendbarkeit betreibt? Wir wollen ein Gegenbeispiel aus der Wohlfahrtsökonomie betrachten. Mehr oder minder unabhängig bewiesen Kenneth Arrow in *An Extension of the Basic Theorems of Classical Welfare Economics* und Gerard Debreu in *The Coefficient of Resource Utilization* 1951 die beiden ersten Hauptsätze der Wohlfahrtsökonomie ohne die bisher übliche Restriktion auf innere Lösungen.² Drei Jahre später veröffentlichte Debreu ein Paper, *Valuation Equilibrium and Pareto Optimum*³, das die beiden bisherigen zusammenfasste, auf ihr mathematisches Skelett reduzierte und dadurch verallgemeinern konnte.⁴ Das Paper lieferte die Wohlfahrtstheoreme für einige unendlich

1 Paul Anthony Samuelson, *Economic Theory and Mathematics: An appraisal*, AER 1952

Gescannte Online-Version: <http://cowles.econ.yale.edu/F/cp/p00b/p0001.edi>

2 Die Beiden Papers gibt's online unter

<http://cowles.econ.yale.edu/F/cp/p00b/p0054.par> und

<http://cowles.econ.yale.edu/F/cp/p00a/p0045.pdf>

3 <http://cowles.econ.yale.edu/F/cp/p00b/p0084.pdf>

4 Streng genommen wurde der Beweis von Arrow nicht komplett verallgemeinert, da Arrow auch die Möglichkeit berücksichtigt hatte, dass Konsumenten einen Satiation-Point erreichen. Allerdings schrieb Debreu bereits in *The Coefficient of Resource Utilization* "This Case can be done by a few additional simple postulates which we do not discuss in detail for they would lead to a very formal development without throwing more light on the heart of our problem."

dimensionale Güterräume⁵, und, was Debreu für das Hauptziel hielt: "Its main interest, however, may be that by forcing one to a greater generality it brings out with greater clarity and simplicity the basic concepts of the analysis and its logical structure. Not a single simplification of the proofs would indeed be brought by restriction to the finite dimensional case.". Wer solche Theoreme im Kochbuch-Stil anwendet, mag das für unwichtig halten, aber die ÖkonomInnen, die solche Theoreme für den Rest produzieren, können damit produktiver arbeiten. Die Struktur der ökonomischen Argumentation wird klar und der Nebel unnötiger Annahmen verschwindet. Der Blick wird frei neue Möglichkeiten am Horizont zu erblicken. Je besser wir die Struktur einer Theorie verstehen, desto leichter können wir über sie hinausgehen.

Nun soll die, auf den ersten Blick, wenig überzeugende These argumentiert werden, dass sich sinnvolle Ökonomie in einen mathematischen Formalismus übersetzen lässt. Wir betrachten dazu einige der wesentlichen ökonomischen Argumentationsmuster und suchen nach einem mathematischen Äquivalent.

1. Revealed-Preference Argumente:

Warum-Fragen werden in der Ökonomie meist damit beantwortet, dass ein anderer Zustand betrachtet wird, und festgestellt wird dass die ökonomischen Agenten Anreize haben, diesen Zustand nicht aufrecht zu erhalten. Mathematisch gesehen, ist das ein Widerspruchs-Beweis. Man zeigt dass eine Element einer geordneten Menge kein Maximum sein kann. Dazu werden nur Ordnungsstrukturen,

einer der Grundpfeiler der Mathematik, benötigt.⁶ Auch die ganze auf Transaktionskosten basierende Institutionenökonomie, ein klassisches Beispiel für die Fruchtbarkeit nicht-mathematischer Ökonomie, lässt sich so formalisieren. Das Konzept "Nutzen" ist hier fast vollkommen überflüssig.⁷

2. Kleine Änderungen...:

Oft nehmen ÖkonomInnen an, dass kleine Änderungen in der "Ursache" nur kleine Änderungen der "Wirkung" hervorbringen und legen dies ihrer Argumentation zugrunde. Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge lassen sich durch Funktionen (nötigenfalls Korrespondenzen) eines Ursachen-Raums in einen Ergebnis-Raum darstellen. Die Annahme dass kleine Änderungen nicht viel verändern, reduziert sich mathematisch zu der Annahme, dass die Funktion stetig ist. Hier kommen topologische Strukturen zum Tragen.⁸ Die mathematische Analyse hilft klarzustellen, ob diese Annahme zutrifft und ersetzt gegebenenfalls eine vom Himmel kommende Annahme durch eine beweisbare Tatsache.⁹

3. Marginal-Irgendwas ist gleich Marginal-Irgendwas

Diese Bedingungen wurden lange Zeit ohne Verwendung von Analysis gemacht. Jeder StudentIn nach Mikro I weis wie man das Ganze mathematisch behandelt. Es ist jedoch gerade eines der großen Verdienste der mathe-

⁵ Das Ganze ist weniger esoterisch als es klingt. In der Makroökonomie sind solche Räume weit verbreitet. Debreus Theoreme können zum Beispiel angewendet werden, wenn endlich viele Personen mit unendlicher Lebenszeit Ströme von endlich vielen Gütern konsumieren (beschränkte Folgen), eine Verallgemeinerung des verbreiteten Representative-Agent-Modells. Ein anderes Beispiel für unendlichdimensionale GE Modelle sind OLG Modelle, auf die diese Theoreme allerdings nicht angewendet werden können.

⁶ Eine lesbare Einführung in den strukturellen Aufbau der Mathematik gibt *Die Architektur der Mathematik* Rowohlt 2000 von Pierre Basieux. Es sei bemerkt dass diese von Nicolas Bourbaki kommende Auffassung von Mathematik nicht nur Fürsprecher hat. Hintergründe zur Geschichte dieser Auffassung gibt Jean Dieudonné in *The work of Nicholas Bourbaki* in *Amer. Math. Monthly* 77 (1970).

⁷ Zuweilen werden bestimmte Beweise in der Mathematischen Ökonomie einfacher. So gibt Charalambos Aliprantis einen extrem einfachen Beweis für die Existenz individuell rationaler, pareto effizienter Allokationen in einer Tauschwirtschaft in seinem Buch *Problems in equilibrium theory*, Springer 1996. Takashi Negishi benutzte das Konzept um die Existenz eines Gleichgewichts in einer Wirtschaft mit Produktion zu beweisen in *Welfare Economics and Existence of an Equilibrium for a Competitive Economy*, 1960 in *Metroeconomica*. Die Beweismethode hat sich für etwas allgemeinere GE Modelle als nützlich erwiesen. Die zugrunde liegende Idee ist in beiden Fällen, dass ein Maximum einer Linearkombination von Nutzenfunktionen auf der Menge möglicher Allokationen ein Pareto-Optimum ist. Unter bestimmten Annahmen können auch alle pareto optimalen Allokationen als ein solches Maximum erreicht werden.

⁸ Die Größe der Änderungen lässt sich ohne zusätzliche Strukturen kaum sinnvoll modellieren.

⁹ So lässt sich zum Beispiel leicht zeigen, dass im Falle streng konvexer Präferenzen kleine Preisänderungen wirklich nur kleine Änderungen im Nachfrageverhalten auslösen.

matischen Ökonomie über die marginalistische Sichtweise hinauszukommen, die die heroische Annahme innere Lösungen braucht. Wer nicht glaubt, dass alle Menschen alle Güter in positiven Mengen konsumieren, dürfte sich darüber freuen. Auch ist der moderne Ersatz einfacher und eleganter. Um Debreu zu zitieren: "Cohort after cohort, students of consumer theory have learned about the concept of decreasing marginal rate of substitution for two commodities on an indifference curve and about its extension to the multicommodity case. Notably more general, and notably simpler, is the concept of convexity of the set of points preferred to a given point in the commodity space."¹⁰ Übrigens sind die üblichen Marginal-Irgendwas-ist-gleich-Marginal-Irgendwas-Argumente vom ersten Typ, es wird gezeigt dass sich jemand besser stellen kann, solange ein "Äquimarginalprinzip" nicht zutrifft.

Manche Argumente sind schon von ihrer Natur her mathematisch. Empirisches Arbeiten wäre ohne die Sprache der Statistik schlecht denkbar. Strategische Interaktionen lassen sich ohne Spieltheorie nur in simplen Fällen behandeln. Dass sich die Argumente der Mainstream-Ökonomie gut formalisieren lassen, kann jedoch auch anders interpretiert werden. Vielleicht hat ja nur die Mathematik die Ökonomie korrumpiert? Die LeserInnen sind aufgefordert sinnvolle, nicht formalisierbare, ökonomische Argumente zu liefern. Natürlich ist die Mathematik auch nützlich um zu zeigen dass die notwendigen Voraussetzungen einer Annahme nicht erfüllt sind. Oft hilft die Klarheit eines mathematischen Modells Gegenbeispiele zu heroischen Annahmen wie der Allmächtigkeit von Märkten zu liefern.

Nun zum letzten Kritikpunkt. Aus Platzgründen gehe ich hier nur auf eine Position, die von Deidre McCloskey, ein. McCloskey argumentiert dafür, dass die in der Ökonomie übliche Art von Mathematik, die qualitative Mathematik von Existenzbeweisen, durch die rein quantitative Mathematik,¹¹ wie sie in der Physik Standard ist, ersetzt wird: "It's scandalous that game theory and GE and overlapping generations and other mere existence theorems are taught as "tools." As we say in American English (with thanks to Yiddish): tools, schmools. No physicist would

consider such stuff scientific. She would want tools that can measure."¹² . Wir wollen hier nicht auf den seltsamen Gebrauch des Begriffs "existence theorem" eingehen und konzentrieren uns darauf warum ÖkonomInnen nicht ihrem Vorschlag folgen (und auch nicht folgen sollten). Henry Cohen bringt es in einer Buchbesprechung auf den Punkt:

Mathematical modelling is a subtle art. Typically, the situation we would like to understand seems hopelessly complicated, and it is difficult to isolate the essential features and put them into a mathematical framework. Formulating the model is far from the final step: then we analyze it and compare the results with actual data. Does the model reflect the phenomena we care about, qualitatively? How closely does it match the data? Can we understand it conceptually? How could we improve it?

It's important to contrast this point of view with that in introductory physics courses. There, we view mathematical models as literal descriptions of physical reality. Of course, we know the descriptions aren't complete, and really aren't even true, since they neglect quantum and relativistic effects. However, the naïve point of view is appropriate, since the models are at least "nearly true." When we're dealing with such simple, fundamental principles, it's hard to get worked up about subtleties.¹³

Anders als Menschen sind Teilchen ziemlich folgsam, und bleiben von der Lucas-Kritik verschont. Eine Änderung der Politik wird das Verhalten von Gas nicht wesentlich beeinflussen und unsere statistischen Erkenntnisse bleiben nützlich. Menschen sind hier etwas weniger folgsam, es werden niemals vollkommen präzise wirtschaftliche Prognosen möglich sein. Wenn wir "qualitative" Mathematik anwenden, dann tun wir das um Einsicht in die Problemstellung zu bekommen. Wir wollen die Struktur erfassen und uns die logischen Verbindungen klarmachen.

Kurz: Wir verwenden Mathematik als Sprache.

10 The Mathematization of Economic Theory AER 1991, gibt's unter

<http://cepa.newschool.edu/het/texts/method/dohr91.htm> Der Artikel liefert auch einen Haufen Argumente für die Mathematische Ökonomie, welche hier nicht ausgeführt werden können.

11 Das trifft natürlich nicht auf die Ökonometrie zu, die McCloskey aus anderen Gründen kritisiert. Aus mangelndem ökonometrischen Wissen kann ich darauf leider nicht eingehen.

12 PAER 2002 http://www.brinternet.com/pae_news/revi-w/mccloskey.htm Sie hat auch ein ganzes Buch zum Thema geschrieben: The vices of economists : the virtues of the bourgeoisie, Amsterdam Univ-Press 1996

13 <http://www.maa.org/reviews/gandel.html>

Auf nach Bielefeld!

Vom unbedingten Muss eines Auslandssemesters

Glücklich sind VWL- Studierende... Sie haben eine überproportionale Anzahl an Erasmus-Studienplätzen. Das Institut für Wirtschaftswissenschaften kann im Semester 33 Erasmusplätze vergeben, das sind in etwa gleich viel Plätze, die die Publizistik anzubieten hat und die ist ja doch um einiges größer...Wir verdanken das wohl dem Engagement von Prof. Nermuth und Dr. Ania, die sich an unserem Institut um die Erasmusplätze kümmern.

Wie mensch nun zu diesen Erasmusplätzen kommt und welche anderen Möglichkeiten es gibt, sich für ein oder zwei Semester ins Ausland abzusetzen, erfahrt ihr auf den nächsten Seiten. Weiters gibt's noch "Erlebnisberichte" von Leuten die ihr Auslandssemester bereits genossen haben oder gerade jetzt genießen.

Es gibt mehrere Möglichkeiten, im Ausland zu studieren. Die einfachste ist wahrscheinlich

Erasmus

ist ein Teil des Sokrates- Austauschprogramms, das sich zum Ziel gesetzt hat, Chancengleichheit auf der Basis von interkulturellem Austausch zu schaffen. Erasmus will die transnationale Zusammenarbeit der Universitäten verbessern und ermöglicht den Austausch sowohl von Studierenden als auch Lehrenden. Das Austauschprogramm ermöglicht einen Auslandsaufenthalt zwischen drei und zwölf Monaten um zu studieren, die Diplomarbeit oder Dissertation vorzubereiten.

Mensch erhält von Erasmus ein sog. Mobilitätsstipendium, das erhöhte Lebenskosten im Gastland decken soll und bis zu 343 Euro pro Monat ausmachen kann. Wenn du Studienbeihilfe erhältst, bekommst du sie auch während deines Auslandssemesters. Weiters kann zusätzlich noch eine Beihilfe des Bildungsministeriums beantragt werden, diese wurde ab diesem Semester jedoch um 20% gekürzt.

Mitgliedsstaaten des Erasmus- Programms sind die EU- Staaten, Island, Liechtenstein, Norwegen, Zypern, Malta, die Türkei, Estland, Ungarn, Litauen, Polen, Rumänien, Slowenien, die Slowakei und die Tschechische Republik.

An unserem Institut gibt es folgende Plätze:

2 in Louvain-La-Neuve (Belgien), 1 in Bern, 2

in Zürich, 2 in Berlin, 3 in Bielefeld, 3 in Kopenhagen, 8 in Alicante, 1 in Madrid, 2 in Salamanca, 5 in Paris, 2 in Venedig, 2 in Lissabon. Die meisten dieser Plätze sind für ein Semester, einige jedoch auch für ein Jahr (im Herbst gehen und dann verlängern), wobei es wohl empfehlenswert ist, immer für ein Jahr wegzugehen, da mensch sich nach einem Semester wahrscheinlich gerade erst eingelebt hat.

Voraussetzungen für eine Erasmus- Bewerbung ist, dass du mindestens im dritten Semester studierst (in der Studienrichtung, in der du auch das Auslandssemester machen willst) und noch kein Erasmus- Auslandssemester gemacht hast. Eine Bewerbung läuft so ab:

1. Informationen im Internet suchen, welche Plätze unser Institut anbietet, welche Unis dich interessieren, etc.
2. Im Büro für Internationale Beziehungen vorbeischauen, alle Fragen stellen und Nominierungsformular mitnehmen. Datenblatt im Sekretariat unseres Institutes abholen (Fr. Polster, 5.Stock).
3. Mit den Bewerbungsunterlagen (Datenblatt, Nominierung, Studienerfolgsnachweis, Motivationsschreiben und Lebenslauf in der Landessprache oder auf Englisch) Prof. Nermuth oder Dr. Ania konsultieren. Wenn sich nicht allzu viele VolkswirtInnen für "deinen" Platz bewerben, ist es kein Problem nominiert zu werden. Ansonst wird nach den Bewerbungsunterlagen gereiht.
4. Mit der bestätigten Nominierung geht mensch wieder ins Büro für Internationale Beziehungen und tauscht sie gegen eine Student Application Form, einen Antrag auf Erlass der Studiengebühren und einen Vorausbescheid, auf dem du dir vom Studienkommissionsvorsitzenden (zur Zeit Prof. Rosner) die Lehrveranstaltungen, die du im Ausland machen willst, bestätigen lässt. (Allerdings gibt es ab 1.1.2004 keine Stuko mehr...)
5. Diese beiden Formulare bringst du ausgefüllt wieder dorthin zurück und dann steht dem Auslandssemester nichts mehr im Wege. (Eventuell verlangt die Universität im Gastland eine Extra- Anmeldung, die bedeutet aber nichts anderes als zusätzliche Arbeit.)

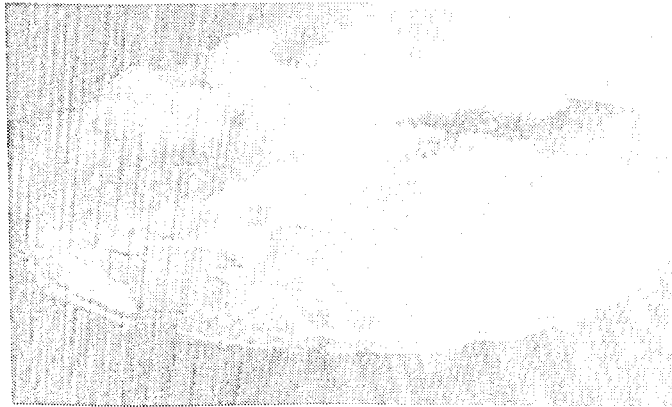
Zu beachten sind die Einreichfristen!!!

Joint Study

bietet dir auf Grund bilateraler Abkommen auf Basis eines Austausches die Möglichkeit an, im Ausland zu studieren.

Genauer gesagt wären das in den USA die Georgetown University, die New York University, die University of Illinois, die University of Washington, das Wellesley College (nur für Studentinnen). In Australien werden die Macquarie University, The Australian National University, The University of Sydney und The University of Western Australia angeboten.

Die Voraussetzungen sind folgende: Du musst den ersten Abschnitt absolviert haben (zum Zeitpunkt der Bewerbung), über eine EWR-Staatsbürgerschaft verfügen, mindestens 20 und höchstens 35 Jahre alt sein und deinen Lebensmittelpunkt in Österreich haben. Die Bewerbungsunterlagen (Bewerbungsformular, tabellarischer Lebenslauf mit Beschreibung des



bisherigen Studiums, Studien/ Forschungsplan für den Auslandsaufenthalt, zwei Empfehlungsschreiben von österreichischen habilitierten Universitätslehrenden und ein Sprachnachweis) werden beim Büro für Internationale Beziehungen eingereicht.

Nachdem die Einreichfrist zu Ende ist (dieses Jahr der 28. November 2003) werden die Unterlagen auf Vollständigkeit geprüft und alle angenommenen Bewerber nach ihrem Notenschnitt gereiht. Mitte Jänner findet dann zusätzlich noch ein Auswahlgespräch (auf Englisch!!!) statt, bei dem sich entscheidet, wer für das Programm genommen wird.

Letztes Jahr haben sich auf einen Platz durchschnittlich zwei Bewerber gemeldet, d.h. deine Chancen stehen nicht schlecht...

Wer weder in Europa bleiben, noch nach Australien oder in die USA gehen will, der/die kann unter verschiedenen Universitätsabkommen auswählen. Im Moment stehen Universitäten in Japan, China, Taiwan und Chile zur Verfügung. Da diese Universitäten aber

auch wechseln können immer wieder auf der Homepage des Instituts für Internationale Beziehungen nachschauen.

Und dann gibt's immer noch die Möglichkeit zu einem

Individuellem Auslandsstudium

Sich ganz alleine um ein Studium im Ausland zu kümmern erfordert wohl eine Menge Organisationsbereitschaft, der Vorteil ist jedoch, dass mensch genau dorthin gehen kann, wohin er/sie will.

Erkundige dich darüber, ob es an der bestimmten Uni Aufnahmeprüfungen gibt, wie hoch die Studiengebühren für Ausländer sind, etc. Möglicherweise haben Lehrende des Instituts Kontakte zu deiner Wunschuni oder ein/e Kollege/in war schon dort. Wichtig ist v.a., dass dir die Lehrveranstaltungen der Gastuni angerechnet werden.

Finanzieren ließe sich ein Individuelles Auslandsstudium eventuell durch den ÖAD (Österreichischer Austauschdienst, der seinen Sitz am Campus hat) oder durch spezielle Auslandsstipendien, die im Büro für Internationale Beziehungen erfragt werden können. Studierende, die Studienbeihilfe beziehen können um erhöhte Beihilfe für ein Auslandsstudium ansuchen.

Ganz einfach ist es nie, ins Ausland zu kommen und es erfordert immer einen gehörigen bürokratischen Aufwand. Die Mühe lohnt sich aber auf jeden Fall, denn wie könnte mensch leichter als mit einem Auslandssemester seinen /ihren Horizont erweitern, eine neue Sprache lernen, neue Leute kennen lernen und andere Möglichkeiten VWL zu studieren, kennenlernen.

Außerdem ist ein Auslandssemester eine Möglichkeit, relativ günstig und doch unkompliziert (wenn mensch an Arbeitsgenehmigungen, Visa, etc. denkt) ins Ausland zu gelangen.

Zu erwähnen ist wohl auch noch, dass mensch für jedes Auslandssemester ein zusätzliches Toleranzsemester bekommt und dass im Büro für Internationale Beziehungen immer und nett geholfen wird.

Weitere Infos zum Thema Auslandssemester:

<http://www.univie.ac.at/international/> (Büro für Internationale Beziehungen, Uni Wien)
<http://at.imedl.ac.at/> (ÖAD)

Weiters gibt es eine Broschüre der ÖH zu diesem Thema, v.a. in Bezug auf Finanzielles, die ihr euch in der Fakultätsvertretung WIN (neben dem HS 24) abholen könnt.

Impressionen von Carlos III und Madrid

Ankommen, die ersten Wochen:

Ich war ein bissi erschlagen. Es lohnt sich den ganzen September da zu sein um die Stadt schon mal ein bissi kennenzulernen, mal die Uni anzuschauen, Wohnung zu suchen (s. Wohnung) und ganz viele Leute beim weggehen anzuquatschen (oder für schüchternere wie mich) einen Sprachkurs zu machen (International House, Tandem,...) Auch der Tourismus lässt sich zu diesem Zeitpunkt noch besser erledigen und Madrid im Sommer ist sehr nett. Keine Panik wenn mensch am Anfang nicht gleich 100 000 Madrilenen kennt.

Uni

Prinzipiell gibt es ja 2 Unis in Madrid zu denen man von Wien aus Zugang hat

1.) Carlos III via Anía-Martinez

2.) Autonoma via Weigel (glaub ich)

Ich kann hier nur was über die Carlos III sagen, hab aber gehört, dass die Autonoma den Hauptuni-Besuchern eher entspricht.

Carlos III

Eine recht neue, recht schulische Uni ca. so weit weg von Madrid wie Mödling von Wien, aber durch Busse und S-Bahn sehr gut an die Stadt angeschlossen (trotzdem 30 min. V.d. Stadt als Minimum rechnen, was aber für Madrid sehr wenig ist; Wien ist halt eine Provinzstadt...)

Die technische Ausstattung ist zwar nicht perfekt aber sehr gut, der Unterricht wie gesagt schulisch (=Gruppen von ca. 40 Leute in adretten Klassenräumen, persönliche Betreuung). Gut gefällt mir, dass es bei den Kernfächern ein allgemeines Examen gibt und der Unterrichtende deshalb keine Möglichkeit hat frustriert seinen Studenten ein Hackel ins Kreuz zu hauen. Im Gegenteil. Sie lechzen förmlich nach Feedback, betonen fast jedesmal, dass man jederzeit fragen kommen kann (Sprechstunde oder via e-mail ausmachen) und sind glücklich wenn endlich mal wer ein bissi kritisiert, dass alles zu simpel ist, oder sonstige Debatten auslöst, weil sie (zu recht) fürchten, dass kaum wer mitdenkt. Es gibt Studenten-Representanten, Quality-Groups (=4 Studenten, die hin und wieder dem Prof. Feedback geben) und sonst ganz nette Ansätze. Als Erasmus hat mensch das Privileg, zu machen

was man will und bei wem man will (die "gewöhnlichen" müssen nehmen, wer ihnen zugeteilt wird)

Meines Erachtens ist der unitechnisch optimale Zeitpunkt um hierherzukommen das 3., oder 4. Semester (Ende 1. Abschnitt), weil es recht angenehme (4-stündige!!) BWL-Klassen gibt, die Statistik recht gut ist und auch Makro und Mikro auf den unteren Stufen ganz fein sind. Später (ich bin im 6. Semester da) hat man das Problem, dass hier das Curriculum recht verschieden ist und die meisten Kurse teilweise schon bekannt, aber dann doch auch wieder neu sind. Diese Überlappungen können recht unangenehm sein. Auch ist das 2. Semester ein bissi vielfältiger.

Ansonsten ist zur Uni noch zu sagen, dass die Bibliothek sicher das Juwel ist, und der Campus (vor allem in den warmen Monaten) sehr fein ist. Sehr empfehlenswert sind auch die Kurse die von den Geisteswissenschaften bzw. als Freizeitaktivität angeboten werden. (Filme und sonst. schöne Sachen) Einerseits, weil sie per se schön sind, andererseits, weil das eine nette Möglichkeit ist mal aus dem Erasmus-trott rauszukommen.

Leute: "alle" ganz lieb, auch recht schülerhaft (nur net zu viel lernen...) "alle" sind sie Kinder reicher Leute, "alle" wollen sie mal reich werden,...=> Es lohnt Freunde auch wo anders zu haben und Leute auf den "Humanidades" (Gewi) dieser Uni kennenzulernen.

Erasmus-Betreuung:

Vor Ende September (ca. 28.) passiert auf der Uni gar nichts. Danach ist sie so gut, dass ich nichts mehr von ihnen hören will. Es gibt einen (schwachen) Gratis-Sprachkurs, und einen (besseren) 150€-Sprachkurs. Es gibt so eine komische ESN (Erasmus-Student-Network) die dauernd Parties, Turniere, Reisen etc. organisiert. Im ORI sind sie freundlich, langsam und helfen dir (wenn Du das wirklich willst) sogar mit der Wohnung. Sie können sogar ein bissi Englisch.

Universidad Autónoma de Madrid:

<http://www.uam.es/>

Universidad Carlos III de Madrid:

<http://www.uc3m.es/>

Schrippe, Stulle und Soljanka, oder Wie viel Spaß macht Ostdeutschland?

Kein Bock auf Sprachbarrieren? Keine Lust, sich auf exotische Bräuche einzustellen? Dann geht lieber nicht nach Berlin, denn dort kommts dicke!

Ein "da" ist überall anders, nur nicht "hier" und "ausmalen" kann man höchstens im Bilderbuch, sicher nicht die Wohnung. Man wird mehr als einmal breitgetreten, doch mal so richtig österreichisch zu reden, weil das ja ähnlich schnuffig klingen würde, wie "Müsst ihr da selber ausmalen?". Soviel zum Thema Sprachbarrieren.

Ich werde gleich mal MTVIVA-Berlin-Bilder bestätigen um sie drei Zeilen später wieder zu relativieren und behaupte, dass wirklich alle hippen Sachen und angesagten Strömungen an der Spree auftreten, bevor sie auf den Rest der Welt überschwappen. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Die trendigen Typen kommen überall her, manchmal sogar von hier, nur nicht von da. Die stereotype UrBerlinerin ist eher eine äußerst bodenständige Person, benützt kein Handy und hat weniger mit internationalen Trends als mit den Nachbarn "uff'm Kiez" zu tun. Trotzdem ist sie sehr unkonservativ und lebt sehr ungratig in einem interessanten Riesendorf.

Die einzig allgemein gültige Aussage über Berlin dürfte sein, dass es viele Überraschungen und noch viel mehr Platz für alle (Studenten)Lebensentwürfe gibt. Den kann man wahrscheinlich auch in Wohnheimen finden, Zimmer "auf Zeit" sind jedoch so leicht und teilweise erfreulich günstig zu finden (zum Beispiel im Anzeigenteil von www.zitty.de), dass ich letztere Variante uneingeschränkt empfehle. Ob Prenzlauer Berg und Friedrichshain im Osten, oder Kreuzberg im Westen, für die Fahrtzeit (zwischen 30 und 50 Minuten zur Uni), wird die neugierige Erasmusstudentin locker entschädigt.

Leute, die des Studierens wegen ins Ausland gehen, sind genauso gut aufgehoben. Obwohl das Institut an der Freien Universität ungefähr doppelt so groß ist, läuft das Ganze ähnlich ab wie hier. Die Anforderungen sind vielleicht eine Spur weniger spektakulär als in Wien, systematisches Zuhausebleiben würde ich risikoaversen Studenten in Anbetracht der Klausurlotterien trotzdem nicht empfehlen. Normalerweise gibt

es keine Anwesenheitskontrollen und Hausübungen werden nur in sehr wenigen Lehrveranstaltungen verlangt.

Die richtige Dosis zwischen Stipendium nicht zurückzahlen müssen und 20 Wochenstunden hängt letztlich von den eigenen Ambitionen ab, organisatorisch nimmt einem das Erasmus-Büro jedenfalls soviel ab, dass es keinen Grund gibt, deutlich weniger Stunden als in Wien zu machen. Wirklich entscheiden, ob man teilnimmt, muss man in den meisten LVs ohnehin erst nach ein paar Wochen, also einfach überall reinschauen. Die FU liegt ziemlich weit draußen in einem West-Villenviertel und unterrichtet auch manche Cabriolet-und-zuviel-Gel-Menschen. Ich empfehle deshalb mindestens einen Tag in der Woche an der Humboldt Uni, ganz ostzentral in Mitte gelegen, einzuplanen. Die HU hat keine Parkplätze, verscheucht daher (zugegebenermaßen subjektiv) komische Leute, ist international renommiert und der Uni Wien nicht unähnlich. Es genügt, zur LV-Leiterin seiner Wahl zu gehen und sich nach freiem Platz und Zeugnis zu erkundigen.

Leute, die ernsthaft überlegen, ins a priori unromantische Deutschland zu gehen und mit einem Strauß positiver Überraschung, wenn überhaupt, zurückzukommen, können aus unserem Pool bundesdeutscher Profs und Assistenten auswählen und werden ganz kompetent beraten (als sehr nützlich haben sich die Tipps von Uwe Dulleck erwiesen - der kennt sich auf HU und FU aus).

Freie Universität Berlin:

<http://www.fu-berlin.de/>

Humboldt-Universität zu Berlin

<http://www.hu-berlin.de/>

Wa(h)re Kultur

Globale Öffentliche Güter sind nach ihrer Definition solche Güter, deren Nutzen über Landesgrenzen und Regionen, Bevölkerungsgruppen und Generationen hinausreicht. Demnach fallen unter diese breite Definition die klassischen öffentlichen Güter wie Frieden und Sicherheit ebenso aber auch eine intakte Umwelt, Gesundheit, das kulturelle Erbe, aber auch finanzielle Stabilität, Wissen und Information, selbst Fairneß und Gerechtigkeit.

Der Ansatz ist aber keineswegs unumstritten. Weder über die Definition noch über die Finanzierung von Global Public Goods (GPGs) herrschte unter den Regierungen Einigkeit.

Auch in der Zivilgesellschaft wird der Ansatz der GPG unterschiedlich beurteilt. Die Einen sehen in ihm eine theoretische Grundlage für die Neubegründung internationaler Kooperation; andere fürchten, das Konzept führe zu einer weiteren "Ökonomisierung des Denkens", indem es politische Ziele und gesellschaftliche Werte (Frieden, Gerechtigkeit etc.) zu wirtschaftlichen Gütern degradiere.

Aus dieser Sichtweise soll ein Blick auf Kulturinstitutionen geworfen werden, deren Finanzierung, in letzter Zeit, vermehrt in der Öffentlichkeit zur Diskussion stand.

Die Degradierung von einzelnen GPG zu Gütern, würde einen Markt für diese fordern. Da der Markt ein öffentliches Forum ist, eine spezifische kommerziell geprägte Figuration von Öffentlichkeit, würde alles was sich nicht rechnet, unerbittlich ausgeschieden.

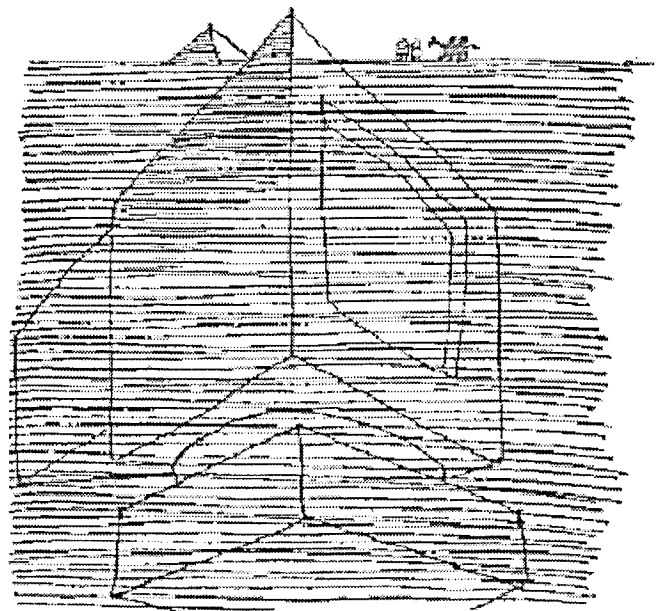
Kann, die Entwicklung der Kultur, wenn nicht ihre Wertestruktur, so doch ihre gegenständlichen Erzeugnisse, auf einem solchen kommerziellen Forum entschieden werden?

SE HACE CAMINO AL ANDAR

Die Kultur einer Nation kann als ein historisches Phänomen, ein sich wandelndes und dennoch Identität wahrendes verlässliches Netz von Beziehungen unter Menschen, Gruppen, Symbolen und Institutionen betrachtet werden. In ungeahnter Weise könnte das, was bisher als gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben galt, in sich zusammenbrechen, wenn der innere Zusammenhalt, den die Kultur leistet erschläft.

Daher, sollte die Pflege kultureller Bestände und ihrer Erneuerungen und Erweiterungen eine gesellschaftliche Anstrengung auf individueller ebenso wie auf gemeinschaftlicher Ebene sein. Dadurch stehen die Kunst und die Kultur in Konkurrenz zu anderen Anstrengungen, die dem direkten Lebensunterhalt dienen.

Diese Konkurrenz wirft die Frage nach der Finanzierung von Kulturellen Einrichtungen auf. Vor allem in Zeiten schwacher Konjunktur wird



die Kulturförderung meist von der Aussage verdrängt, dass auf Kultur (im Sinne ihrer Erzeugnisse) verzichtet werden könne im Gegensatz zu Nahrung und Grundbedürfnissen. Hier wird aber verkannt, dass dies nur für Individuen möglich ist, nicht aber für eine ganze Gesellschaft.

Bei einem Verzicht einer ganzen Gesellschaft auf Kulturinvestitionen aus konjunkturellen Gründen, könnte die bisherige Identität der Gesellschaft Schaden nehmen.

Kultur bezieht sich unter anderem auf die Gewohnheiten von Gruppen und Gesellschaften, aber hat - gerade in den Künsten - stets auch gesellschaftskritisches Potenzial. Kultur ist daher immer auch Kulturkritik mit der Aufgabe, den Gesellschaftlichen Diskurs zu fördern.

Kultur - speziell in den Künsten - bietet daher die Möglichkeit zur Selbstreflexion, sich Bilder von

sich selbst zu schaffen und darüber zu diskutieren.

Angebote an Identitäten und die Vorstellung eines sozialen und kulturellen Gedächtnisses werden von der Gesellschaft benötigt. Im Kulturbereich, werden diese Probleme thematisiert - ebenso wie im Bereich der Wirtschaft und Politik. Doch während hier rasch nach Lösungen gesucht werden muss, werden diese im kulturellen Bereich offen gehalten.

Öffentlich geförderte Kunstbetriebe können nur dann aufrechterhalten werden, wenn der finanzierenden Gesellschaft gezeigt werden kann, dass die Künste, gesellschaftliche und für die Individuelle Entwicklung notwendige Aufgaben erfüllen.

Andernfalls würden zwar nicht die Künste aus der Gesellschaft verschwinden, sie würden jedoch nur noch als Wirtschaftsfaktor, als Teil einer kommunalen oder betrieblichen Selbstdarstellung eine Rolle spielen, also dort, wo ein betriebswirtschaftlicher Nutzen belegt werden kann.

Vielleicht ist das Programm des öffentlich rechtlichen Fernsehens schon mancherorts ein nicht ganz stillschweigendes Anzeichen für eine derartige Entwicklung. Insbesondere auch die englischsprachige Musik- und Filmindustrie, die mit wenigen Global Playern bereits riesige Marktanteile erobert hat, und mit ihren marktschnittigen Kulturwaren, weltweit präsent ist.

Dem folgend kann die Frage aufgeworfen werden, ob der Kapitalismus, wie er derzeit praktiziert wird, dank seiner Eigendynamik, auf dem Weg zu einem geist- und kulturlosen Gesellschaftszustand ist, oder ob er sich nur eine, seinen Funktionsbedingungen kompatible Kultur, schafft.

Faktum ist, dass unterschiedliche Formen von Kultur und Kunst, auf der ganzen Welt, bereits als Ware gehandelt werden.

In Hinblick auf das GATS, wobei nicht auf den ersten Blick erkenntlich wird, ob Dienstleistungen wie z. B. Bildung und Kultur in den Anwendungsbereich von GATS und somit unter eine progressive Liberalisierungspflicht fallen, könnten Handlungsräume für diese Art von "Waren" gesucht werden.

Artikel 1.3.b legt jedoch fest, dass der Vertrag all jene Dienstleistungen umfasst, die nicht "in Ausübung hoheitlicher Gewalt erbracht werden", wobei Art 1.3.c maliziös präzisiert, dass Dienstleistungen nur dann in Ausübung hoheitlicher Gewalt erbracht werden, wenn sie

- weder zu kommerziellen Zwecken
- noch im Wettbewerb erbracht werden

Die Merkmale sind kumulativ angeführt, das heißt, wenn auch nur eines fehlt, dann ist die Dienstleistung schon nicht mehr als öffentliche zu qualifizieren und fällt somit in das GATS-Regime. Dies bedeutet unter anderem, laut Art 19, eine rechtliche Verpflichtung des Staates in weiteren Verhandlungsrunden Marktzugänge zu erleichtern.

Auf diesen Tatsachen beruhend, trafen sich im Juni 2002, Filmemacher aus allen fünf Kontinenten in Montreal zum 4. Internationalen Forum der Regieverbände. Es wurden folgende Ansätze ausgearbeitet und diskutiert. (siehe Box).

(IFDO)

MONTREAL DECLARATION

- A people's culture is that people's legacy to humanity.
- The wealth of humanity stems from the diversity of peoples and their cultures.
- Every people has the right to defend its artists' creative space and to ensure its culture's dissemination and vitality.
- In order for cultural productions to be circulated and exchanged on a global scale, it is essential that each country have the capacity to generate, create and maintain its own national production.
- The creation, exchange, and circulation of national cultural productions cannot occur in a system based solely on the laws of the market.
- To ensure the survival of their national cultures, governments must have the unencumbered ability to adopt and strengthen legislation and investment in the fields of cultural education, production, and dissemination.
- It is incumbent upon national governments to maintain their sovereignty over culture by categorically refusing to participate in any international negotiation in which culture is viewed as a commodity.
- To those who, in the name of market efficiency, wish to reduce our ways of living and our imaginations to a single model, we affirm that defending cultural diversity in audiovisual production is part of a larger struggle beyond that of our own specific practices.
- Our organizations will participate in those alliances or coalitions that assert the right of each individual and each people to choose, within the plurality of a diversified global culture, his or her identity and the modes of expression of his or her culture.

<http://www.austrian-directors.com>

Von der Maximierung des Glücks...

Wer hat sich nicht schon einmal über den hohen Mathematik-Anteil im VWL-Studium an unserem Institut geärgert? (Alle Vollblut-MathematikerInnen mögen den vorigen Satz einfach streichen)

Die Frage wie viel Ökonomie bei uns noch gelehrt wird, drängt sich da doch recht bald auf, sind doch viele LVs eher Rechenkurse, bei denen die ökonomische Interpretation der Ergebnisse zweitrangig wird.

Dass das aber nur schwer der Mathematik an sich angelastet werden kann, sondern eher ein Problem des Uni-Betriebes ist, dürfte auf der Hand liegen.

Und da es schwer fällt das Handwerkszeug selbst zu kritisieren (Wer schimpft schon ernsthaft auf den Hammer der den Daumen traf?) wollen wir uns ein wenig mit den Vorstellungen beschäftigen, die die Verwendung von Mathematik überhaupt erst ermöglichen bzw. nötig machen.

So ziemlich alle die schon einmal eine Mikro-Vorlesung besucht haben, dürften (vielleicht auch unbewusst) schon Bekanntschaft mit dem Utilitarismus gemacht haben. Diese Ethikvorstellung eignet sich anscheinend hervorragend um auf wirtschaftliche Vorgänge übertragen zu werden. Sind doch seine bekanntesten Vertreter wie Smith, Bentham, Mill ... (im übrigen alles Briten) auch die (Mit-)Begründer der (mikro-)ökonomischen Theorie.

"DAS TUN NUR DIE ENGLÄNDER"¹ - von der Maximierung des Glücks

Entstanden ist der Utilitarismus Ende des 18. Jahrhunderts als teleologische (gr. *télos* = Zweck, Ziel, Folge), empiristische Ethik in Großbritannien. Eine seiner zentralen Forderungen ist die Verwirklichung des "größtmöglichen Glücks für die größtmögliche Zahl"² - in den damaligen gesellschaftlichen Umständen durchaus "revolutionär", sollte doch endlich jeder Einzelne gleich viel Gewichtung erhalten und nicht länger ausschließlich das Wohl einer Elite im Vordergrund stehen.

Näher betrachtet, besteht das Fundament des Utilitarismus aus vier Säulen.

Nach dem Konsequenzenprinzip erfolgt die (moralische) Beurteilung einer Handlung ausschließlich auf Grund der zu erwartenden Handlungsfolgen, während die Prinzipien nach denen gehandelt wird keine Rolle spielen.

Zur Beurteilung der Handlungsfolgen wird das (umstrittene) Utilitätsprinzip eingeführt. Nach diesem Prinzip besteht der Wert einer Handlung in ihrem Nutzen für das in sich Gute.

Was dieses "in sich Gute" ist, wird nur hedonistisch als Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse und Interessen (=Nutzen, Glück) definiert. Worin dieses "Glück" dann genau besteht, muss dann jeder für sich selbst bestimmen.

Es gab freilich Versuche das Glück nach Quantität und Qualität zu unterscheiden. So wäre zum Beispiel der Genuss eines Klassik-Fans beim Konsum eines besonders gelungenen Konzertes quantitativ vielleicht vergleichbar mit dem Genuss eines Pornofans beim Konsum eines besonders harten Pornofilms, qualitativ könnte sich diese Bewertung allerdings anders darstellen. Ob nun Porno oder Klassik qualitativ "besser" sind, unterliegt allerdings einem Vorverständnis von Moral, das empirisch nicht mehr allgemein bestimmbar ist.

Quantitative Bewertungen können allerdings empirisch und mathematisch gefasst werden, auch wenn die Zuordnung absoluter Zahlenwerte problematisch ist. [In der Ökonomie wurde daher das Konzept des ordinalen Nutzen eingeführt.]

Ob z.B. Äpfel oder Birnen bevorzugt werden, lässt sich oft im Voraus nicht genau sagen, kann aber aus einer getroffenen Entscheidung rückgeschlossen werden. Bei einer Entscheidung für den Apfel, wird dieser wohl auch das größere Befriedigungs- oder Glücksgefühl mit sich bringen.

Der vierte Grundsatz ist ein Sozialprinzip, das einen rein egoistischen Hedonismus ablehnt. Es

1 "Hat man sein warum? des Lebens, so verträgt man sich mit fast jedem wie? - Der Mensch strebt nicht nach Glück; nur der Engländer tut das." Nietzsche, *Götzendämmerung*, Sprüche und Pfeile, 12

2 Bentham, *Einführung in die Prinzipien der Moral und der Gesetzgebung*

geht also nicht nur um die Befriedigung eigener Bedürfnisse, sondern um das Glück aller von der Handlung Betroffener. (Dieser Grundsatz wird wohl nicht von allen Wirtschafts"wissenschaftlern" gleichermaßen angewendet) Dieses Ziel soll durch die Gesamtmaximierung des Glücks aller erreicht werden.

Fragen der Verteilungsgerechtigkeit bleiben dabei allerdings unberücksichtigt, da der soziale Gesamtnutzen quantitativ-additiv (als Summe aller Einzelnutzen) bestimmt wird. So betrachtet sind die beiden Fälle "Einer-hat-alles" und "Alle-haben-gleich-viel" gleich effizient, über gerecht oder ungerecht wird aber nichts ausgesagt. In der Theorie wird dieses Problem durch die Annahme fallender Grenznutzen vertuscht. Soll heißen, dass einer sowieso nicht alles besitzen wird, da der zusätzliche Nutzen bei zunehmendem Konsum weniger wird. Für den Fall "Einer-hat-alles" könnte also durch Umverteilung ein höherer Gesamtnutzen erzielt werden. Allerdings ist das Ziel dieser Umverteilung wiederum nicht Gerechtigkeit herzustellen, sondern Effizienz (Nutzengewinn) zu schaffen. Gerechtigkeitsvorstellungen bleiben also nach wie vor ausgeblendet.

Wer gegen die hier vorgestellten Gedanken seine Einwände hat, darf sich freuen, denn die Philosophie hat (natürlich?!) auch andere Vorstellungen von Ethik entwickelt. Anstatt die Maximierung des Guten (sprich Befriedigung) als das Richtige zu betrachten, wie es der Utilitarismus tut, postuliert z. B. die deontologische (gr. *dei* = man soll, man muß) Ethik: Das Richtige zu tun ist Gut!

Das richtige Handeln besteht in der Ausführung bestimmter Arten von Handlungen, unabhängig von ihren Konsequenzen.

Daraus folgt dann, logisch vielleicht nicht auf den ersten Blick ersichtlich, dass die Ausführung bestimmter Arten von Handlungen gut ist, was auch immer die Konsequenzen sein mögen.

Eine wichtige Rolle spielt dabei die menschliche Vernunft, denn mit ihrer Hilfe muss der Mensch erkennen was das Richtige ist. Im Vergleich mit der utilitaristischen Vernunft, die lediglich zum Errechnen des "nutzenbringensten" Ergebnis genutzt wird, besitzt die deontologische Vernunft

also eine andere Qualität.

Um die möglicherweise aufgekommene Verwirrung wenigstens etwas zu lichten, hier ein Beispiel:

Kann Diebstahl allgemein als moralisch verwerflich angesehen werden, dann bleibt Diebstahl auch dann schlecht, wenn das Diebesgut à la Robin Hood unter den Bedürftigen verteilt wird und dem Dieb selbst nichts bleibt.

Gut ist, als richtig (falsch) erkannte Handlungen auszuführen (oder eben nicht), egal welche Konsequenzen das heraufbeschwören mag. Der Handlung an sich wohnt also ein Wert inne, nicht dem Ergebnis.



Es bleibt fraglich wie weit sich ein solcher, deontologischer Ansatz mit der ökonomischen Theorie vereinbaren lässt, wenn sie unter dem Blickwinkel der Wissenschaftlichkeit nicht normativ auftreten möchte. Da die Ökonomie bekanntlich aber eine Wissenschaft ist, bleibt dieser Ansatz ausgeblendet; die Entscheidung wie Werte wie Gerechtigkeit umgesetzt werden, bleibt dann der Politik überlassen.

Bleibt zum Schluss noch die (zugegebenermaßen moralische) Frage was denn in der Ökonomie das in sich Gute ist? Das "in sich Gute" wird in unserer Disziplin recht klar als Nutzen definiert, der wiederum aus Konsum bzw. Profit entsteht. Natürlich lässt sich das leicht begründen, wenn man bedenkt, dass in der Ökonomie nur das Handeln auf Märkten betrachtet wird. Dennoch dürfte (wenigstens für die deontologischen Ethiker unter uns) fraglich sein, ob sich das Gute wirklich so leicht bestimmen lässt.

Die Utilitaristen dürfen sich weiterhin darum bemühen auch andere Werte wie z.B. Umweltbewusstsein oder menschenwürdige Arbeitsbedingungen in Nutzenfunktionen zu packen.

A dismal science, indeed

Schulbücher sind Bücher, die von anderen Büchern abgeschrieben sind, die von anderen Büchern abgeschrieben sind, die von anderen Büchern ...

Erich Kästner

Let those who will write the nation's laws if I can write its textbooks.

Paul Anthony Samuelson

Der Markt für Ökonomie-Lehrbücher funktioniert nicht. Logische Fehler werden nicht verdrängt sondern zum Standard erhoben. Die Verbreitung von Meinungen unter Ökonomen wird als Maß für Richtigkeit missbraucht und unverhohlenen ideologische Positionen als Wissenschaft ausgegeben. Es ist zu vermuten dass diese Lehrbücher hauptsächlich der Sozialisierung dienen. In diesem Artikel wird die Behandlung verschiedener Bereiche der ökonomischen Theorie in vier verbreiteten Lehrbüchern auf einführungendem Niveau analysiert.¹

Opportunitätskosten:

Opportunitätskosten sind ein zentraler Begriff ökonomischen Denkens. Mensch sollte also meinen dass zumindest dieser Begriff sauber definiert wird. Fehlanzeige! Lediglich Mankiw behandelt den Begriff sauber und definiert "The opportunity cost of an item is what you give up to get that item." Alle anderen Autoren definieren Opportunitätskosten als den Nutzen der zweitbesten Alternative, ein Begriff der für die meisten Anwendungen (die trotzdem gemacht werden) undefiniert ist.²

Nutzentheorie:

Die meisten Autoren behandeln das Thema korrekt und gehen auf den ordinalen Charakter des

Nutzenbegriffs ein.³ M umgeht das Thema in dem er die Konsumententheorie nur mit Indifferenzkurven behandelt und in einer Box schreibt dass manche Ökonomen sagen der Nutzen sei höher wenn die Indifferenzkurve höher ist. LCR und SN geben auch den historischen Hintergrund des Begriffs an. SN gehen auch auf kardinale Nutzentheorie für Entscheidungen unter Unsicherheit ein. Alle Autoren erklären Indifferenzkurven mindestens in einem Anhang. SW erklären fälschlicherweise dass Nutzenfunktionen aus der Kaufbereitschaft gewonnen werden können. Bei der Behandlung von Indifferenzkurven werden Randlösungen in allen Büchern ignoriert.

Mindestlöhne:

Lange Zeit wurden trotz geringer empirischer Grundlage (bindende) Mindestlohnpolitiken als Beispiel für Price-Floors verwendet, so dass die frischgebackenen Studis mit dem "Wissen" das Mindestlöhne schlecht sind in die Welt entlassen wurden. Heute sind sich die meisten ÖkonomInnen da weniger sicher, hauptsächlich wegen den Arbeiten von David Card und Alan Krueger.⁴ Trotzdem wird in einigen Lehrbüchern dieser Glaube mit Inbrunst vertreten. Am schlimmsten ist in dieser Hinsicht M, der das Ganze als unhinterfragten Gospel hinstellt und im Teil über Arbeitslosigkeit auch noch als

1 N.G. Mankiw, Principles of Economics, 2nd ed 2001 (hier M)

J. Stiglitz, C. Walsh, Economics 3rd ed 2002 (hier SW)

R. Lipse, P. Courant, C. Ragan, Economics 12th ed 1999 (hier LCR)

P. Samuelson, W. Nordhaus, Economics 17th ed 2001 (hier SN)

2 Angenommen eine Entscheidungseinheit mit stetiger Nutzenfunktion hat ein eindeutiges Optimum O in einer Budgetmenge B. Dann existiert kein Maximum auf $B \setminus \{O\}$, und damit keine zweitbeste Alternative.

3 Die wohl schlechteste Behandlung des Themas findet sich in dem hier nicht behandelten, aber allseits bekannten Lehrbuch von Frank und Bernanke.

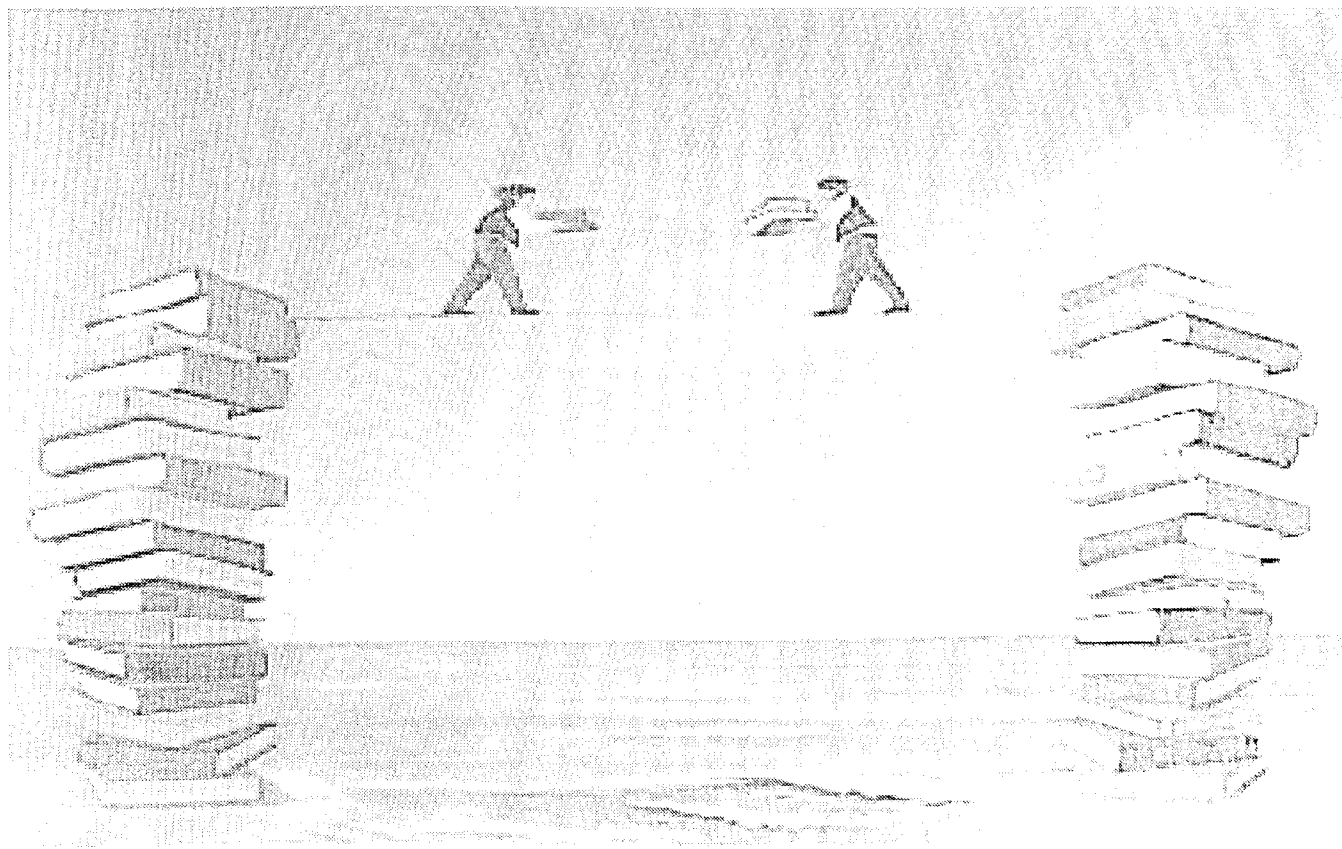
4 Krueger hat auch einen interessanten, weitergehenden, Artikel zur Behandlung des Themas in Lehrbüchern geschrieben: "Teaching the Minimum Wage in Econ 101 in Light of the New Economics of the Minimum Wage", Journal of Economic Education 32. No2 2001

wichtige Ursache angibt. Am saubersten wird das Thema von LCR behandelt, die den kompetitiven Fall zusammen mit dem monopsonen Fall behandeln. SN schreiben dass ökonomische Uneinigkeit zum Thema besteht, können jedoch kaum ökonomische Rechtfertigungen geben, da sie Monopsonie nirgends diskutieren. SW behandeln das Thema etwas schlampig und erwähnen den Monopsoniefall nur in einer Box, aber die Orthodoxie im Hauptteil.

Mit etwas mehr Blick auf die Details kommen noch viele andere Ungereimtheiten ans Tageslicht. So gehen alle Texte ohne Rechtfertigung davon aus, dass Consumer-Surplus und Producer-Surplus klar definiert sind. M stellt normative Urteile als Grundprinzipien ökonomischen Denkens dar. Auch fehlt bei M jegliche Analyse keynsianischer Sichtweisen. SW definiert oft Fachbegriffe durch undefinierte Fachbegriffe. Begriffe die sich sinnvoll nur mit

Analysis behandeln lassen (alles mit "-marginal") werden diskret behandelt. So behandeln alle Texte Elastizitäten mit Prozentänderungen und geben dazu noch Rechenbeispiele (sic!). SN lassen Grenznutzeneinheiten abzählen. Es stellt sich die Frage wie sinnvoll es ist, Konzepte die mensch später über Bord werfen muss, einzudrillen.

Conclusio: Kein Buch ist sonderlich toll. Alles in allem schneidet RCL am besten ab. M ist gut in analytischen Fagen aber sehr ideologisch und politisch einseitig. SN ist konfus aber gibt meistens faire Diskussionen politisch relevanter Fragen, vermutlich das beste Buch für Leute, die nicht mehr lernen wollen. SW ist praktisch in jeder Hinsicht schlecht, hat aber ein nettes Kapitel über Informationsökonomie (was sonst?). Vermutlich sollte mensch aber gleich mit Baby-Varian beginnen...



Wird es jemals eine Brücke zwischen ernstzunehmender Wissenschaft und Lehrbuchinhalten geben?

5 "Market's are usually a good way to organize economic activity" Eine amüsante Analyse von Mankiws "Ten Principles of Economics" findet mensch in mini-AIR, der online Ausgabe der Annals of Improbable Research: <http://www.improbable.com/airchives/paperair/volume9/v9i10/mankiw.html>

Weltexklusiv!

Nur hier!

Alles neu!

Institutsklatsch

Skandal!

Kleine Info für alle, die sich den Kopf darüber zerbrochen haben, warum die LVs von **Dr. Ania-Martinez** dieses Semester teilweise geblockt abgehalten werden. Sie geht mit dem Erwin-Schrödinger Stipendium des "Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung" für ein Jahr an die Boston University. Danach plant sie ihre Habilitation in Wien.

Habilitieren wollen auch **Dr. Leo Kaas** und **Dr. Carlos Alos-Ferrer**, die das Ganze schon eingereicht haben.

Erfreulich ist natürlich auch, dass die Stelle von **Prof. Georg Kirchsteiger** endlich neu besetzt wird, zumindest wird die Stelle neu ausgeschrieben. Kirchsteiger war von Dezember 2000 bis August 2002 Institutsvorstand und unterrichtet im Moment an der Universität Maastricht.

Eine der wenigen fixen Änderungen mit dem neuen Organisationsplan ist, dass **Prof. Immanuel Bomze** vom Statistik-Institut in der

Universitätsstraße ans BWZ übersiedelt. Interessant ist das hauptsächlich für Studierende aus dem 1. Abschnitt, da er höchstwahrscheinlich die beiden Mathematik-Vorlesungen halten wird (welchen der Herr lieb hat, den züchtigt er, Hebräer 12.6).

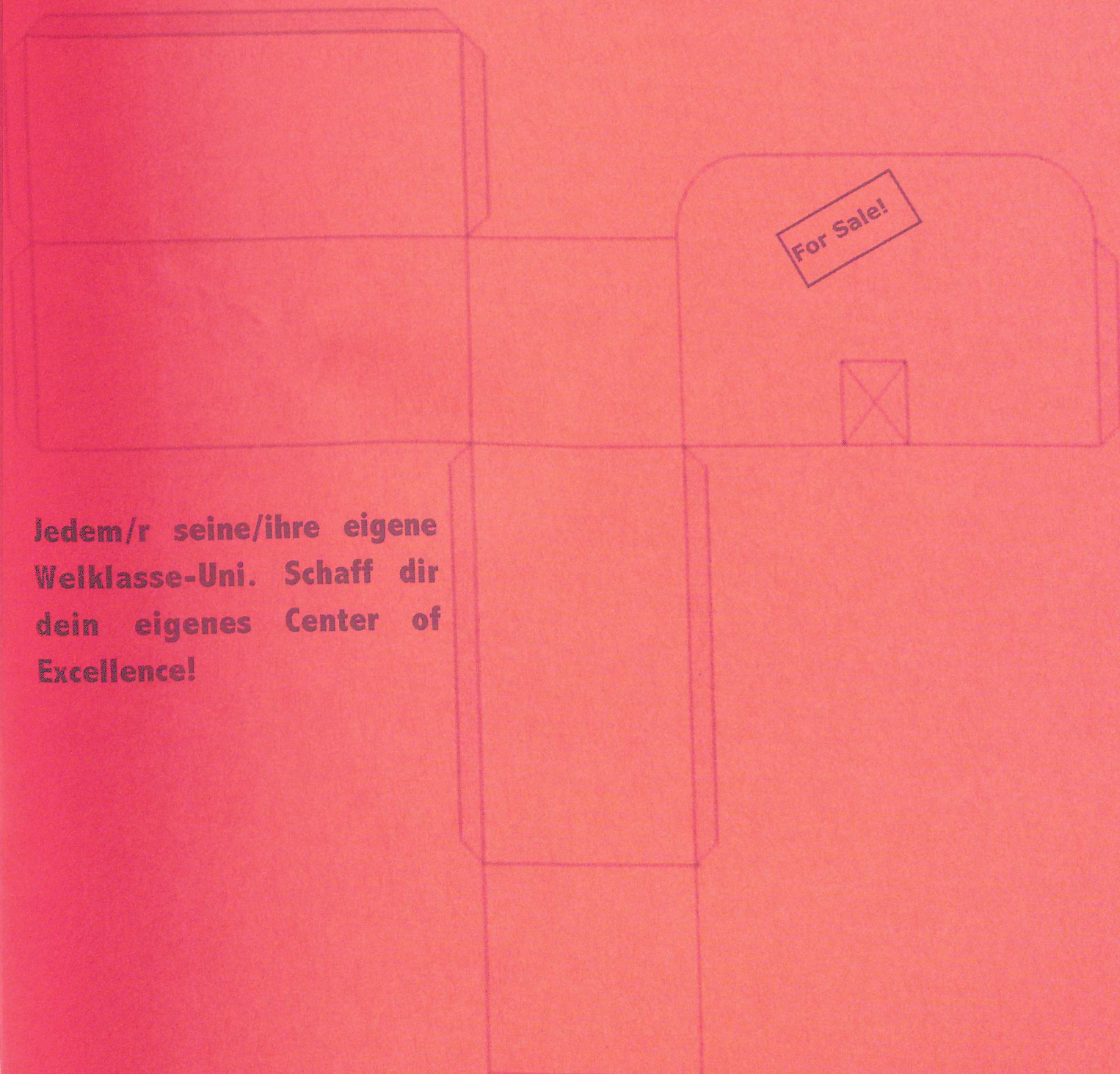
Schon etwas länger her, aber trotzdem aktuell: In seiner konstituierenden Sitzung vom 5. Juni 2003 hat der Senat der Universität Wien **Prof. Gerhard Clemenz** zum Vorsitzenden auf drei Jahre gewählt.

Es geht das Gerücht um, dass unser geliebter Rektor **Prof. Georg Winckler** (siehe auch Cover) einst im RBK aktiv war. Als der RBK 1974 von stark linksgerichteten StudentInnen, wie Peter Rosner, gegründet wurde, war Winckler schon als Assistent tätig, kann also nicht dabei gewesen sein.



Bau dir deine Weltklasse-Uni!

Du möchtest das weltklasse Feeling einer Welklasse-Uni geniessen, aber nicht bis zum 1.1.2004 warten? Mit unserem weltklasse Ausschneidebogen kannst du dir selbst eine Weltklasse-Uni basteln. Ohne Platz für nervende Student/innen und mit kreativen Finanzierungstechniken.



Erreichbarkeit und Infos

StrV VWL

Web: www.univie.ac.at/strv-vwl

Mail: vwl@gmx.at

Der Rote Börsenkrach

Web: www.univie.ac.at/strv-vwl/rbk

Mail: vwl@gmx.at

Basisgruppe WIN aka FSL(WIN)RBK

Web: <http://www.fv-win.at>

Mail: win@oeh.univie.ac.at

Persönliche Erreichbarkeit

In der SCHILDBURG

Dr. Karl-Lueger Ring 1010 Wien im LINKEN Unihof

Montag, 13:00-14:00

Dienstag 11:00-12:00

Mittwoch 14:00-15:00

Donnerstag 13:00-14:00

Tel: 4277-19 634

Fax: 4277-19 633

außer in den Ferien

Der Name DER ROTE BÖRSENKRACH (RBK) bezeichnet nicht nur diese Zeitung sondern ist auch der Name der BASISGRUPPE VWL an der (noch) WIN Fakultät, die älteste noch bestehende Basisgruppe der Uni Wien. Es gibt die Möglichkeit für alle, die sich über das übliche Lehrangebot hinaus engagieren wollen, zum Plenum zu kommen und Ideen einzubringen.

Plenum: jeden Montag 20:00 in der Schildburg

i don't believe